

Gauckeleien (1) : Das Staatsoberhaupt und die Ideologie der Auflösung

Als Bundespräsident Joachim Gauck im März 2012 seinen Amtseid leistete und schwor, seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen und Schaden von ihm zu wenden, glaubten viele Konservative noch, daß nun einer der Ihren das höchste Amt der Bundesrepublik bekleide, der die Anstrengungen seines Vorgängers zur weiteren Auflösung und Umwandlung Deutschlands in eine „bunte Republik“ nicht fortsetzen werde.

Vor seinem Amtsantritt hatte Gauck etwa darauf hingewiesen, daß Fremdheit im Zusammenhang mit Zuwanderung ein reales Problem darstelle, und daß Deutschland „ganz andere Traditionen“ habe als viele Migranten und diesbezüglich vor „Überfremdung“ gewarnt. Wer diese Ansicht teile, sei des Rassismus unverdächtig. Fremdheit zu leugnen sei „gefährlich“, und Thilo Sarrazins Ansprache der damit verbundenen Probleme „mutig“. Manche Beobachter erwarteten daher im Zusammenhang mit Gaucks Amtsübernahme „positive Überraschungen“. Tatsächlich aber hat sich Gauck nach nur zwei Jahren im Amt wesentlich stärker bei im Sinne der Auflösung Deutschlands und der traditionellen Bindungen auf denen es beruht eingesetzt als jeder seine Vorgänger.

Den Schwerpunkt seiner Amtstätigkeit stellte bislang der Kampf gegen ein seinen Worten nach zu „homogenes“ und „einfarbiges“ Deutschland und für „offene Tore für Zuwanderer“ dar. Auch Armutsmigration erfüllt Gauck mit „Dank und Freude“ weil sie einen nicht näher definierten „Gewinn“ darstelle, und gegenüber dem Ausland erklärt er: „Wir haben Platz in Deutschland“. Die Deutschen jedoch müßten ihre Mentalität ändern und Platz machen für „viel mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Schulen und Behörden, bei Polizei

und in Kindergärten, in Theatern und Universitäten, in Redaktionen und Ministerien, in Parteien und Verbänden.“

(Weiterlesen auf Sezession im Netz)